

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Jahrendraht, Düsselhof 100, Tannenstr. 33, Tel. 4423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4592 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Eine Riesenausperrung im Ruhrbergbau.

Um Lohn und Arbeitszeit! • 300 große Versammlungen der Bergarbeiter. Erste Auswirkungen des Kampfes. • Die tiefere Ursache des Konfliktes.

Im Ruhrgebiet liegen fast sämtliche Zechen still. Die Zechenbesitzer sind brutal zur Ausperrung von mehreren Hunderttausend Arbeitern geschritten. Der kommunistischen Streikparole haben die Bergarbeiter bisher widerstanden. Von einem Streik kann jetzt absolut keine Rede sein. Die Bergarbeiter können nicht arbeiten, weil sie daran durch die Ausperrung der Unternehmer gehindert werden.

Erregt wurden die Arbeiter durch die Verschleppung der Verhandlungen über den Manteltarif, sowie über die Absichten der Unternehmer auf Verschlechterung des Vertrages, über die Sperrung des Erholungsurlaubes, Verteuerung der Deputatkohlen, über die Bemühungen der Unternehmer, die Durchführung des Reichsknappschaftsgesetzes zu verhindern, sowie über die festsitzende Verjährung der Löhne. Der Stundenlohn eines Holzarbeiters beträgt 73-74 Pfg., somit der Schichtlohn 5,84-5,92 Goldmark, so daß die Bergarbeiter bei teilweise ganz erheblich längerer Arbeitszeit einen geringeren Lohn haben. Der Lohn stellt sich jetzt mit der Ueberarbeitszeit noch um 8 v. H. ungünstiger als vorher bei der kürzeren Schichtzeit. Selbst die Rh.-Westf. Zeitung hält in der Abendausgabe vom 7. Mai den Unternehmern vor, daß sie „nicht immer die unbedingt notwendige Klugheit angewendet“ haben. Der Ton mache die Musik, das gelte auch für den Verkehr zwischen Verwaltung und Belegschaft.

Dazu kommt, daß im Ruhrgebiet die Lebenshaltung in der letzten Zeit noch wesentlich verteuert wurde. In der Woche vom 8. bis 16. April weist die Indexziffer eine Steigerung von 7,6 v. H. für Lebenshaltung ohne Bekleidung sogar eine Steigerung von 9,5 v. H. nach. Reichs- und Wirtschafts- und Reichsarbeitsministerium stellen den Bemühungen um Besserung der Lohnverhältnisse im Bergbau immer die Rücksicht auf die kohlenverbrauchende Industrie entgegen. Insbesondere lasse die Eisenproduktion eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht nur nicht zu, sondern verlange geheimerweise Preisabbau. Dabei haben wir bis Anfang Mai innerhalb sechs Wochen viermal Kohlenpreiserhöhung zu verzeichnen.

Trotz all der widrigen Umstände, mit denen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets kämpfen, ist seit Inkrafttreten des Mehrarbeitsabkommens eine Steigerung der Leistung je Mann und Schicht um 25 v. H. von Arbeitgeberseite bei Verhandlungen anerkannt worden. Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der direkt an der Kohle beschäftigten Arbeiter vor dem Kriege 50,7 v. H. betrug, jetzt aber höchstens 45 v. H. zu schätzen ist (die Arbeitgeber verweigern hierüber nähere Angaben), so ergibt sich, daß die Bergarbeiter mit Hilfe des Mehrarbeitsabkommens mindestens den vollen Friedensförderer erreicht haben. Die schweren Vorwürfe gegen die Leiter der Bergarbeiterverbände, die in den letzten Tagen insbesondere in der Köln. Zeitung erhoben wurden, sind absolut unberechtigt. Die Bergarbeiterverbände haben sich mit Nachdruck für die Durchführung des Mehrarbeitsabkommens eingesetzt, dementsprechend zeigt sich der Erfolg in der Steigerung der Produktion.

Es muß somit festgestellt werden, daß die Bergarbeiter viele Monate hindurch freiwillig Ueberleistungen erbracht haben. Damit haben sie klar zu erkennen gegeben, daß sie die schwierige Lage des Ruhrbergbaues gewiß nicht verkennen. Wenn sie sich aber jetzt geweigert haben, unter Lage wie in den letzten Monaten noch weiterhin acht Stunden zu arbeiten, und wenn sie nach einer siebenstündigen Arbeitsschicht wieder ausgefahren sind, so hängt das damit zusammen, daß ihre Gesamtlage sie der Verzweiflung nahe gebracht hat. Eine noch nie dagewesene Erbitterung hat sich der Arbeiterschaft des gesamten Ruhrbergbaues bemächtigt. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit der Bergarbeiter und um ein Mitbestimmungsrecht ist es, der von den Zechengewaltigen mit der Ausperrung beantwortet wurde. Die erregte Stimmung unter den Zechenbelegschaften ist in einer großen Zahl von Versammlungen zum Ausdruck gekommen.

Die Versammlungen waren überfüllt und fanden teilweise unter freiem Himmel statt. Das Vorgehen der Grubenbesitzer wurde auf das schärfste verurteilt, der Wille der Bergarbeiter zur Arbeit entschieden betont und jede Streikparole nachdrücklich abgelehnt. Aufforderungen zum Generalkrieg, die in einigen Versammlungen von Umhängern der Union erhoben wurden, fanden bei dem Gros der Teilnehmer entschiedene Ablehnung. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter nicht allein die Träger der Reparationslasten sein dürften, diese Lasten seien vielmehr gleichmäßig auf alle Schultern des Volkes zu legen. An der Forderung der Verbeibehaltung der Siebenstundenschicht unter Tage

und der Achtstundenschicht über Lage werde die Ruhrbergarbeiterchaft festhalten. Die Beschlüsse der Revierkonferenzen wurden einmütig gebilligt. Das Angebot des Schiedspruches in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sei für die Bergleute unannehmbar.

Die Folgen der Arbeitsruhe im Bergbau

machen sich bereits in den anderen Industrien bemerkbar. Wegen mangelnder Kohlenzufuhr legte die Dortmunder „Union“ bereits einen Hochofen und das Martinwerk still. Es werden selbst wenn der Kampf nur ganz kurze Zeit dauern sollte, eine große Zahl von Eisen- und Hüttenwerken vollständig zum Erliegen kommen. Die Gasversorgung der Städte ist gefährdet. Die weiteren Folgen der Ausperrung auf die Gesamtwirtschaft und damit auch auf die Beständigkeit der Geldwährung ufm. sind im Augenblick noch gar nicht zu übersehen. Die Besatzungsbehörden haben bislang in den Konflikt nicht eingegriffen. Es ist für uns Deutsche tief beschämend, daß in Gegenwart des Franzosen und ausgerechnet im Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft im Ruhrabwehrkampf voll und ganz ihren Mann gestanden hat, dieselbe Arbeiterschaft heute von deutschen Grubenbesitzern in so rücksichtsloser Weise auf die Straße gesetzt wird.

Die Behandlung der Seele des Arbeiters.

Die tiefere Ursache des Konfliktes im Bergbau kommt in sehr anschaulicher Form in der nachfolgenden abgedruckten Schilderung aus Ruhrbergarbeiterkreisen zum Ausdruck:

Der gegenwärtige offene Kampf der Bergbauunternehmer und der Bergarbeiter, der in der Ausperrung fast aller Bergarbeiter des Ruhrreviers seinen Ausdruck findet, hat in weiten Kreisen die allergrößte Ueberraschung hervorgerufen. Dem äußeren Schein nach hatte die Krise im Bergbau ihren Höhepunkt hinter sich und die Bergbauwirtschaft schien der Gesundung entgegenzugehen. Die Rechnung der Bergbauunternehmer schien von technischen, kaufmännischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, zu stimmen. Und doch war ihnen trotz der kühnsten Ueberlegung ein großer Rechenfehler unterlaufen. Ja, man kann wohl sagen, gerade wegen der kühlen, rein verstandesmäßigen Ueberlegung und Handlung zeigt die Rechnung heute mit aller Deutlichkeit einen schweren Fehler.

Die Arbeitgeber hatten wohl mit der Arbeitskraft als Produktionsmittel, aber nicht mit der beseelten Persönlichkeit des Arbeiters, mit der die Arbeitskraft unzertrennlich verbunden ist, gerechnet. Und als sich nun die Persönlichkeit des Arbeiters überall geltend machen wollte, da wurden sie nicht nur nicht beachtet, sondern verachtet. Die Unternehmer verstehen wohl, die Kohlen zu analysieren und entsprechend zu behandeln. Aber sie haben sich noch nicht der Mühe unterzogen, den Menschen kennen zu lernen. Und deshalb behandeln sie ihn auch so unglücklich. Vor noch nicht längerer Zeit schrieb die „Bergwerkszeitung“, das Organ der Bergwerksunternehmer, daß „der starke Arm heute endlich selbst erkennt, (?) daß er nur ein Arm, immer nur ein Arm und nichts anderes bleibt und nichts mehr leisten kann, als eben nur ein Arm“. Verhängnisvolle Ueberhebung. Mit dieser und jeder anderen einseitigen Ueberhebung muß aufgeräumt werden, wenn wir in unserem Vaterlande endlich einmal Ruhe und Ordnung und Fortschritte sehen wollen.

Wir können uns wirklich nicht den Luxus der fort-dauernenden gegenseitigen Bekämpfung der einzelnen Volksschichten zu einer Zeit gestatten, in der wir von einer ganzen Welt bestürmt werden. So, wie es die Unternehmer machen, geht es nicht. Sie verlangen Ellenbogenfreiheit und gebrauchen diese Freiheit ohne jede sittliche Rücksicht. Eine Wirtschaft aber, ohne Sittlichkeit ist eine Mißwirtschaft, die Mißerfolge ohne Ende haben muß. Der Versuch, die Wirtschaft zu führen und dabei die elementarsten Menschenrechte der Arbeiter zu ignorieren, muß deshalb in kurzer Zeit scheitern, weil die Arbeitnehmerschaft von heute nicht mehr in einem so starken Grade Masse ist, wie das vor Jahrzehnten der Fall war. Die Persönlichkeiten in der Arbeiterschaft stoßen heute auf die Persönlichkeiten in der Unternehmerschaft. Unter diesen Umständen kann nur eine gegenseitige ehrliche Anerkennung und Achtung beider Faktoren zur fruchtbringenden Arbeit führen. Der entgegengelegte Weg muß notwendig zerfallend wirken.

Aus Unternehmerkreisen ist das rücksichtslose diktatorische Vorgehen der linksradikalen Arbeiterschaft mit aller Schärfe verurteilt worden. Daß aber die Gesinnung vieler Unternehmer in ihrem innersten Kern mit der Gesinnung der Linksradikalen übereinstimmt, dürfte nach den Erfahrungen der letzten Monate kein Geheimnis mehr sein.

Wir wissen sehr wohl, daß die unglückliche politische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes zwangsläufig zu Härten führt. Aber einmal müssen diese Härten gemäßigtem getragen werden. Das auf großen Plakaten stehende Wort: Ein Volk, eine Not! muß der Praxis nähergeführt werden. Dann besteht aber auch gar kein Zweifel darüber, daß nicht mit allem Neuen restlos aufgeräumt werden muß. Was uns not tut, das ist die Bereinigung des Guten aus der Vergangenheit mit dem Guten der Gegenwart. Nur diese Bereinigung verbürgt den Fortschritt. Dann kommt es nicht nur darauf an, daß man Änderungen durchführt. Sehr wesentlich ist auch, wie sie durchgeführt werden. Bei dem „Wie“ der Durchführung haben die Unternehmer grundsätzlich versagt.

Die ausführenden Organe, die Direktoren und Betriebsführer tragen ein groß Teil Schuld mit an den gegenwärtigen Zuständen. Viele von diesen Herren glaubten, die Zeit sei gekommen, wo sie Genugtuung von der Arbeiterschaft verlangen könnten für die ihnen in den letzten Jahren zugefügten Demütigungen seitens unvernünftiger radikaler Arbeiter. Durch ein Ueberhebendes diktatorisches, von bitterem Hohn und Spott durchsetztes Verhalten der gesamten Arbeiterschaft gegenüber, haben sie auch dem geduldigsten Arbeiter die Galle steigen lassen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter und die Art der Behandlung derselben, waren einfach skandalös. Das mußte zur Explosion führen. Wenn heute die revolutionäre Welle im Ruhrrevier wieder höher geht, wie sie zuvor, dann haben die Unternehmer des Bergbaues daran ein groß Teil Schuld. Die breite Öffentlichkeit ist an einem guten Fortgang unserer Wirtschaft interessiert. Aus dem Grunde ist es notwendig, daß in Zukunft nicht nur das Tun und Lassen der Arbeiter, sondern auch das Tun und Lassen der Unternehmer schärfer wie bisher unter die Lupe genommen wird.

Reichsarbeitsminister Braun greift ein.

Nachdem die Manteltarifverhandlungen im Ruhrbergbau ergebnislos verlaufen sind, hat nach dem beim Reichsarbeitsministerium vorliegenden neuesten Meldungen, der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ruhrbergbau zu einer Besprechung des Konfliktes nach Berlin für Mittwoch, den 14. Mai, eingeladen. Hoffentlich werden diese Verhandlungen dahin führen, daß der die gesamte deutsche Wirtschaft schwer schädigende Kampf baldmöglichst sein Ende findet.

Aufhebung der Freizügigkeit für die württembergischen Textilarbeiter.

Aus Württemberg erhalten wir nachfolgende Zuschrift: In der württembergischen Textilindustrie sind in letzter Zeit Fälle bekannt geworden, wo Arbeitern, die ihr Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gekündigt hatten und in andere Textilbetriebe eintreten wollten, mitgeteilt wurde, sie könnten erst nach Ablauf von acht Wochen eingestellt werden. Es ist nachgewiesen, daß eine Arbeiterin, die bereits in einem Betriebe die Arbeit aufgenommen hatte, auf Betreiben derjenigen Firma, wo sie vorher in Arbeit gestanden hatte, wieder entlassen werden mußte. Es tauchte daher die Vermutung auf, der Verband Süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Württemberg, habe eine Sperre angeordnet, um den Arbeiterwechsel in den Betrieben zu unterbinden. Auf Anfrage von Arbeitnehmerseite in der Arbeitsgemeinschaft ist dies vom Spindikus des Verbandes, Herrn Dr. Göb, bestritten worden. Zur Begründung dieses Vorgehens wurde ausgeführt, die Kündigungen seitens der Arbeitnehmer in einzelnen Betrieben seien so zahlreich gewesen, daß dies als Teilstreik angesehen werden müsse, es seien daher Gegenmaßnahmen am Platze gewesen.

Auf Arbeitnehmerseite liegen aber die Dinge so, daß in den allermeisten Fällen erst dann gekündigt wird, wenn in einem anderen Betriebe ein Arbeitsverhältnis offen steht, in dem eine besser bezahlte Arbeit angeboten wird. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß Verabredungen innerhalb der Arbeiterschaft stattgefunden haben, zu dem Zwecke, gemeinsam zu kündigen, um einzelnen Betrieben durch Arbeitermangel Schwierigkeiten zu bereiten, oder gar einzelne Abteilungen innerhalb der Betriebe lahmzulegen. Aber selbst wenn das zuträfe, besteht für die Arbeitgeber kein Grund zu solchen rigorosen Maßnahmen. Die Unternehmer haben ja während der letzten Wirtschaftskrise oft genug Kündigungen zu Duzenden vorgenommen, und die Arbeitnehmer mußten das, ohne Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, hinnehmen.

Die Einführung einer achtwöchentlichen Sperre durch den Verband Süddeutscher Textilarbeiter für jene Arbeiter, die ordnungsmäßig ihr Arbeitsverhältnis lösen, bedeutet eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft und zugleich einen Verstoß gegen die guten Sitten. Sie muß schleunigst rückgängig gemacht werden. Der Rückfall in die unmoralischen, vorkriegszeitlichen Kampfmaßnahmen ist nicht geeignet, den beginnenden Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft zu fördern und den Verkündigungs-möglichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Wege zu ebnen.

Soweit die Zuschrift. Sie zeigt uns deutlich, wohin die Reise der Scharfmacher im Lager der Textilindustriellen geht. Täuschen wir uns nicht! Es handelt sich im vorliegenden Falle wahrhaftig nicht um einen sogenannten Schwabenstreik. Es steckt in Wirklichkeit etwas dahinter, was uns Arbeitnehmern viel zu denken geben sollte. Wenn

... nach dem Willen einzelner jeder zu einflussreicher Ausschüßler in der deutschen Textilindustrie ginge, würde das Rad der Zeit um ein halbes Jahrhundert zurückgedreht. Dann könnte man wieder wie einst unumschränkter Herrscher im Betriebe und in der Produktion überherrschen. Die Arbeiter müssen darum auf der Hut sein. Aufgabe unserer Gewerkschaften aber ist es, dafür zu sorgen, daß die Hände gewisser Herrschaften nicht bis in den Himmel hinaufwachsen.

Zur Geschichte unserer Verbands- Generalversammlungen.

Mit Recht führt die Zeitung unseres Verbandes darüber zu weiteren Klagen, daß noch einem Teile der Mitgliedschaft das notwendige Interesse an der eigenen Berufsorganisation fehlt. Ein Grund mit für diese trübe Erkenntnis ist der Umstand, daß eine größere Zahl von Mitgliedern die Geschichte der Entwicklung unseres Verbandes zu wenig oder überhaupt nicht kennt.

Die Geschichte des Verbandes ist die Darstellung eines unabweisbaren Kampfes nach mehreren Fronten hin. Wer sich in das Studium unserer Verbandsgeneralversammlungsberichte vertieft, gewinnt bald einen Einblick in die unendlich mühevollen und aufreibenden, fast schon jahrelangen währenden Tätigkeit der Verbandsleitung für die Belange der Textilarbeiter und Arbeiterinnen. Er wird sich dann ganz anders zur Organisation einstellen, wenn er erst einmal erkannt hat, daß die Schaffung und die Erhaltung eines sich über das ganze Reich erstreckenden Berufsverbandes nur das gemeinsame Werk von vielen opferfreudigen und ideal denkenden Mitarbeitern sein kann. Er wird, vorausgesetzt, daß er guten Willens ist, künftighin zu seinem Teile mithelfen, dieses Werk kräftig zu halten und weiter auszubauen, das geschaffen wurde, um der schwerer leidenden deutschen Textilarbeiterin einen gerechten Anteil an den Kulturwerten der Menschheit zu sichern.

Ein gutes Stück Geschichte unseres Verbandes ist enthalten in den Berichten über die Generalversammlungen. Im Hinblick auf die im nächsten Monat in Darmen stattfindende Verbandsgeneralversammlung wird wohl vielen Mitgliedern eine kurze Uebersicht über die bis jetzt stattgefundenen Tagungen unseres Verbandes und ihre wichtigsten Verhandlungsgegenstände willkommen sein. Leider gestalten es die Raumverhältnisse unserer Verbandszeitung heute noch nicht, so ausführlich die Geschichte der Generalversammlungen darzustellen, wie das eigentlich notwendig wäre und wie es auch von uns gewünscht wird. Mitglieder unseres Verbandes, die sich mit der nachfolgenden Uebersicht nicht genügen lassen wollen, verweisen wir auf die Verbandsbüchereien. In allen Ortsgruppen- und Sekretariatsbüchereien müssen die Niederschriften über die Verhandlungen unserer Verbandsgeneralversammlung enthalten sein. Das aufmerksame Studium dieser Niederschriften kann den Lesern sowohl als wie auch dem Verbandsrat zum Vorteil sein.

Die Gründung des ersten christlichen Textilarbeiterverbandes.

Unser Verband wurde im Jahre 1901 gebildet durch Verschmelzung älterer örtlicher und Bezirksorganisationen. Die erste Berufsvereinigung christlicher Textilarbeiter wurde am 27. Dezember 1896 zu Aachen gegründet. Der Kampf gegen die Einführung des Zwangslohnsystems war der eigentliche Grund für die Schaffung dieses Verbandes und seiner Tätigkeit in den ersten Jahren. Der Name des Verbandes war: „Christlich-sozialer Textilarbeiter-Verband für Aachen, Burtscheid und Umgegend.“ Das rücksichtslose eigenmächtige Vorgehen der Arbeitgeber hinsichtlich der Einführung des Doppellohns hatte die Textilarbeiterin des Aachener Industriebezirks die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens klar erkennen lassen. Jahrelang konnten die Arbeiter, getrieben auf ihre eigene Organisation, sich erfolgreich dem Verdränge des größten Teiles der Fabrikanten widersetzen.

Als Ende 1896 in Eupen ein Ausstand wegen der durch die Arbeitgeber beabsichtigten Einführung des Doppellohns ausgebrochen war, erwachte bei der Arbeiterschaft des ganzen Gebietes das Solidaritätsgefühl. Es kam am 1. Januar 1897 zur Gründung eines lokalen christlichen Textilarbeiterverbandes für Eupen und Umgegend. Anfangs Januar 1898 schlossen sich die christlichen Textilarbeiter in Düren zu einer gewerkschaftlichen Organisation zusammen.

Gelegentlich einer im Jahre 1898 in Aachen stattgefundenen sozialen Konferenz wurde beschlossen: „Unmittelbar bald wird ein Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften abgehalten.“ Dieser Beschluß ist 1899 durch die Veranstaltung des ersten Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Deutschland zu Mainz verwirklicht worden. Der Aachener Lokverband konnte es schon nach kurzer Zeit seines Bestehens auf 3000 Mitglieder bringen. Auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten viele Erfolge erzielt werden. Es sei ein folgendes angeführt: Zehnjähriger Arbeitstag (wöchentlich 57 1/2 Stunden); Anerkennung der Arbeiterentscheidungskomitee; Aufhebung der Lohnstrafen. Erwähnenswert ist speziell auch die Errichtung einer Vermittlungsinstanz, die bei Arbeitsstreitigkeiten durch Verhandlungen der Arbeiterschaft mit der Prinzipalität der betreffenden Fabrik sowie mit der Gewerbeinspektion den richtigen Versuch zu machen hat, einen Ausgleich zu erzielen. Diese Vermittlungsinstanz hatte viele Erfolge aufzuweisen.

In Erefeld wurde am 24. April 1899 die Gründung des „Niederländischen Verbandes christlicher Textilarbeiter“ beschlossen, der mehrere Wochen später ins Leben trat. Die Schaffung dieser Organisation ist auf die vorhergehende Entwicklung und die Bekämpfung der wirtschaftlichen Verhältnisse im niederländischen Textilindustriegebiet und auf gewerkschaftliche Einsätze zurückzuführen. Der Verband fand schnell eine große Verbreitung, und nach kurzer Zeit gehörten ihm bereits über 40 örtliche Zweigstellen mit etwa 7000 Mitgliedern an. Der Verband hatte gleich nach seiner Gründung einen drei Monate währenden Kampf in der Heimat zu bestehen, an dem er mit 600 Mitgliedern beteiligt war, zu bestehen. Die vorerwähnten Fabrikannten wurden schließlich der Arbeiterschaft entgegenkommen und eine Erhöhung ihrer Löhne um 10 Pfg. pro Meter ermahnen.

Am 11. Dezember 1898 trat der „Christlich-Sozialer Textilarbeiterverband für M. Gladbach und Umgegend“ ins Leben. Die junge Organisation fand eine rasche Ausbreitung, sogar über den angrenzenden M. Gladbacher Bezirk hinaus. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg bald auf 3500. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Verband eine herausragende Tätigkeit entfaltet. In den einzelnen Textilarbeiterverbänden der Lotharinger Bewegung der anderen, die meistens eckten mit Gefähr-

für die Arbeiter. Die Hauptfrage des Verbandes war darauf gerichtet, in der Textilindustrie im allgemeinen gute Durchsichtslöhne zu erzielen.

Der Gedanke der Schaffung christlicher Berufsorganisationen markierte unabweisbar weiter. Der große Streik der christlichen Bergarbeiter am Piesberg bei Danabrück (1899) am 2. Feiertagsruhe und der Streik der Erefelder Samtweber erregten auch in hohem Maße das Interesse der Textilarbeiter des westlichen Münsterlandes. Am 1. Oktober 1899 kam es zur Gründung des „Christlichen Textilarbeiter-Verbandes für B. O. P. O. L. U. und Umgegend“. Als der Verband bald in entferntere Orte eingeführt wurde, erhielt er den Titel: „Verband christlicher Textilarbeiter Westfalens.“

Die westfälischen Textilarbeiterin mußte wiederholt schwere Kämpfe führen um das Recht der Vereinigung. In B. O. P. O. L. U. unterdrückten die Unternehmer 1900 eine Ortsgruppe des Verbandes von 120 Mitgliedern dadurch, daß sie die rücksichtslos Entlassung sämtlicher organisierten Arbeiter ankündigten. Letztere ließen sich einschließen und traten aus der Organisation aus. Später ist die Ortsgruppe nach der Gründung des Zentralverbandes wieder neu entstanden. In Erefeld mußte 1902 ein großer Kampf um das Vereinigungsrecht ausgefochten werden, der mit der theoretischen und praktischen Anerkennung dieses Rechtes für die Arbeiter erfolgreich endete.

Am 1. August 1897 fand in München eine vertrauliche Konferenz christlicher Textilarbeiter statt. Die Delegierten zeichneten ein trauriges Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse. Durch den allgemeinen Lohnrückgang von 12 bis 6 bis 7. M., der örtliche Löhne betrug im August 1901 für männliche 1,30 Mark für weibliche Arbeiter. Es kam zur Gründung des bayerischen Landesverbandes, der ersten gewerkschaftlichen Zentralorganisation in Bayern. Dieser Verband mußte unausgesetzt einschreiten gegen die schweren, aus dem Lohnrückgang sich ergebenden Mißstände. Im Jahre 1900 waren die schlimmsten Auswüchse aus diesem mit Recht vertriebenen Lohnsystem beseitigt.

Außer den oben angeführten bestanden noch lokale Organisationen der christlichen Textilarbeiter in Wipperfurth und Umgegend, in Fulda und im Alptale in Baden. Die beiden erstgenannten traten 1901 in den Zentralverband über, letzterer erst 1907. In Aachen, Eupen, M. Gladbach und Erefeld hat es dann vor 1901 noch mehrere christliche Textilarbeiterinnenverbände gegeben. An geschulten Führerinnen war aber ein recht fehlbarer Mangel. Darum wurde mit der Durchführung der Zentralisation anfänglich noch die formelle Scheidung der weiblichen von den männlichen Mitgliedern beibehalten, jedoch die „weibliche“ Organisation in allen Beziehungen der Leitung des Zentralverbandes unterstützt, sowohl hinsichtlich des Verbandsauschusses und Zentralvorstandes, wie auch der Bezirks- und Ortsgruppenvorstände.

Zur Frage des Achtstundenarbeitstages

in Deutschland hat sich am ersten Oftertage auch der englische Ministerpräsident Macdonald in einer großen Rede geäußert. Macdonald erklärt:

Die größte Gefahr, die Deutschland für Europa darstellt, wäre nicht die militärische, sondern die Gefahr seiner industriellen Unternehmungen. Wenn man Deutschland aus politischen oder militärischen Gründen zwänge, den achtstündigen Arbeitstag anzunehmen, so würden am Weltmarkt, unter Fortbestehen des Freihandels Bedingungen geschaffen, die es dem englischen Arbeiter mit achtstündiger Arbeitszeit und einem Wochenlohn von zwei, drei und vier Pfund Sterling unmöglich machen, mit dem deutschen Arbeiter bei zehnjähriger Arbeitszeit und einem Wochenlohn von 30 bis 40 Schilling zu konkurrieren. Solange eine feste Fortsetzung der patriotischen Pflichten und eine richtige Idee hinsichtlich der militärischen Sicherheit Deutschlands in dieser Lage festhält, solange werde die deutsche industrielle Gefahr bestehen bleiben und die Zukunft Großbritanniens bedroht sein.

Auf die Gefahren, die den ausländischen Arbeitern aus der Belastung der deutschen Wirtschaft durch Versailles drohen, ist schon des öfteren hingewiesen worden. Solange Deutschland Reparationsleistungen zu vollbringen hat, mit denen auf dem Weltmarkt konkurrierenden Länder nicht belastet sind, solange werden für den deutschen Arbeiter ungünstigere Arbeitsverhältnisse bestehen müssen. So sehr man auch das arbeitslose Einkommen befaßt und die Arbeitgebergewinne zur Abwendung der Reparationen heranzieht — die Hauptlast wird immer auf den Massen ruhen, weil nur eine Belastung der Massen jenseit bringen kann, als verlangt wird. Auch die vollständige Raubplünderung der Besitzenden würde nicht ausreichen zu den vom deutschen Volke verlangten Opfern. Macdonalds Gedankengang bewegt sich jedoch nicht in dieser Richtung. Er sieht wohl die Nachteile, die zur Beilegung des Achtstundentages führen. Anstatt aber darzulegen, daß trotz der verlängerten Arbeitszeit dem deutschen Volke nur eine künftige Lebenshaltung möglich ist — weil das, was es erarbeitet, zum erheblichen Teil für Reparationszwecke beschlagnahmt wird — sieht er die neue Gefahr der Ueberflutung der Welt mit billigen deutschen Industrieprodukten. Diese Gefahr kann gar nicht vorhanden sein, weil Deutschland auf Preisen bestehen muß, die ihm die Abwendung der Reparationslasten ermöglichen. Zum andern allerdings liegen die Dinge so, daß jede Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland die Arbeitszeit der Arbeiter im Auslande ungünstig beeinflussen wird. Der Hinweis auf die deutsche Konkurrenz, die infolge längerer Arbeitszeit billiger produzieren kann, wird stets ein vorzügliches Mittel sein zur Beilegung des Achtstundentages. Die „deutsche industrielle Gefahr“ ist das Schreckgespenst mit dem man den braven ausländischen Arbeiter zugunsten seiner kapitalistischen Ausbeuter gräßlich macht. Macdonald begann damit, und erweist sich als ein würdiger Repräsentant Englands. Keinen Zweifel hat England gerührt, als im Ruhr-Abwehrkampf das deutsche Volksgeld im deutschen Gebiet völlig zum Erliegen kam. Deutschlands wirtschaftliche Zerrüttung war Englands Gewinn. Nun aber, wo Deutschland nicht mehr anders kann, als durch wirtschaftliche Opfer großen Ausmaßes sich seine Freiheit wiederzugewinnen, wo es den Weltmarkt braucht, um die Waren los zu werden, aus deren Erlös die „Sieger“ bezahlt werden können, da ist die Zukunft Englands und der englischen Arbeiter durch die deutsche industrielle Gefahr bedroht. Die englischen Kapitalisten werden mit um Gründe verlegen sein, wenn es oft die Arbeiter ihren Wünschen genügt zu machen. Nur die Arbeiter erwarten, daß Macdonald ihnen keine Hilfe leisten würde.

Allgemeine Rundschau.

Selbstverwaltung in der Erwerbslosenfürsorge.

Eine Konferenz der Kartellvorsitzenden der christlichen Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen hat einstimmig folgende Entschlüsse zugestimmt:

„Nach dem Arbeitsnachweisgesetz ist für die Arbeitsnachweise und die Landesarbeitsämter die Selbstverwaltung eingeführt. Da die Arbeitsnachweise mit der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge gemäß der Verordnung vom 26. Februar 1924 beauftragt sind, gehören Arbeitsnachweise und Erwerbslosenfürsorge organisch zusammen. Neben Reich und Staat bringen den Hauptteil des Gesamtaufwandes für Arbeitsnachweise und Erwerbslosenfürsorge die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf. Diese haben somit an der Festsetzung der Bezirke für die Beitragsgemeinschaften das allergrößte Interesse. Die Konferenz verpflichtet die Bezirkskartelle der christlichen Gewerkschaften und deren Vertreter in den Verwaltungsausschüssen — entgegen der Anweisung des Wohlfahrtsministeriums, Beitragsgemeinschaften für Regierungsbezirke zu bilden — bei den Arbeitsnachweisen für Beitragsgemeinschaften einzutreten, die den Bezirk eines Landesarbeitsamtes umfassen, um dadurch einen gerechten Ausgleich zwischen Uebersehungs- und Defizitgemeinden innerhalb der Provinz herbeizuführen und die Selbstverwaltung zu fördern.“

Aus der Textilindustrie.

Die Beschäftigungslage in der Textilindustrie.

Die Textilindustrie gehört zur Zeit zu den meist beschäftigten Industriezweigen Deutschlands. Dies ist auf eine anhaltende Inlandskonjunktur zurückzuführen, während die Ausfuhr von Textilergzeugnissen stark eingeschränkt ist. Allerdings beginnen sich auch in der Textilindustrie die Zweifel zu mehren, ob auf einen weiteren günstigen Verlauf des Absatzes zu rechnen ist.

In Aachen hat das Geschäft in der Streichgarnspinnerei schon erheblich nachgelassen. Die Textilindustrie in Ober- und Niederrhein ist mit Beschäftigung für mehrere Monate gut versehen. Die Ausfuhr ist verhältnismäßig schwach. Die Beschaffung der Rohstoffe für die Flachspinnereien ist zeitweise mit Hemmnissen verbunden gewesen, die sich nach wie vor geltend machen.

Eine interessante Neuheit in der Baumwolldruckindustrie.

Unter den Neuheiten, die für die kommende Saison von englischen Fabrikanten verbreitet werden, fällt laut „Textil-Woche“ besonders ein neues Dessin auf, das eine sehr gelungene Imitation der in Fischackmütern gezeichneten leichten Juniper darstellt. Es sind dies bedruckte Baumwollwaren, die äußerlich wie Krepp erscheinen, wodurch der Eindruck, daß es sich um einen gestrickten Artikel handelt, noch mehr verstärkt wird. Die horizontalen Linien werden bei diesen Mustern besonders betont, wie ja überhaupt die augenblickliche Mode dahin geht, den Querstreifen wieder zu bevorzugen. Eine weitere englische Neuheit sind Boiles, die infolge einer meisterhaften Bedruckung einen brokatartigen Eindruck machen. Es handelt sich insbesondere um dreifarbiges Boiles, die einen leichten Längsstreifen aufweisen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bittau. Unterstützt die eigene Volks- und Feuerversicherung! Die „Deutsche Volksversicherung A. G.“ und die „Deutsche Feuerversicherung A. G.“ sind die Versicherungsunternehmen der christlichen Gewerkschaften. Es liegt im wohlverstandenen Interesse aller Mitglieder unserer Bewegung, Versicherungen nur bei der eigenen Gesellschaft abzuschließen. Alles Bedenke vom Hineinmachen der Arbeiter in die Wirtschaft, von ihrer Einflusnahme auf die Wirtschaft ist mäßig, wenn der Arbeiter immer wieder sein verdientes Geld den Privatgesellschaften irgend welcher Art zustehen läßt, und nicht durch die Tat der Beweis erbracht wird, daß solches allgemeiner und fester Wille ist. Bemerkt sei, daß die „Deutsche Feuerversicherung A. G.“ selbstverständlich Goldmarkversicherungen abschließt. Es kann nicht verlangt werden, daß anderweitig Versicherte bestehende Papiermarkversicherungen bei der alten Gesellschaft in Goldmarkversicherungen umwandeln. Alle unsere Mitglieder fordern wir auf, alle Versicherungen irgend welcher Art nur bei ihrer eigenen „Deutschen Feuerversicherung A. G.“ abzuschließen. Für Leutersdorf und Umgebung hat die Agentur für unsere Versicherung der Kollege Adolf Goldberg, Leutersdorf Abt. E. 46, übernommen. Im Uebrigen geben alle Vorstände unserer Ortsgruppen, oder aber die Geschäftsstelle des christl. Textilarbeiterverbandes in Bittau, Grünestraße, bereitwillig Auskunft.

Nachtrag.

Delegierte zur Verbands-Generalversammlung.

Delegierte:	Bezirk Baden:	Ersatzleute:
Otto Kaiser, Schönau/Wiesental	Emil Burger, Maulburg im Wiesental	
Stephan Eßbach, Sickingen	Josef Zumteller, Niederhof, Post Wurg/Waden	
Karl Spätz, Langenstembach	Anton Matert, Ettingen/Waden	
Josef Ehemann, Kollnau/Breisgau, Hauptstr. 124	Alfons Maucher, Offenburg, Baden, Kronenstr. 10	

Mit Kempel, Wiernitzkyer und Selskyer Vertreter

Spinner

von Heiner Lohnspinnerei auf dem Lande (Ob. Bayern) gesucht. Angebote mit Lohnanspruch u. Zeugnisabschrift a. d. Exped. d. Bl.

Erdbweberei, kleinerer Betrieb, Nähe Leutoburger Wald, Schnellzugstation, sucht sofort

tüchtigen, erfahrenen Meister.

Angebote an die Expedition dieser Zeitung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Eine Niejenaussperrung im Ruhrbergbau. — Aufhebung der Freizügigkeit für die württembergischen Textilarbeiter. — Zur Geschichte unserer Verbands-Generalversammlungen. — Zur Frage des Achtstundenarbeitstages. — Allgemeine Rundschau: Selbstverwaltung in der Erwerbslosenfürsorge. — Aus der Textilindustrie: Die Beschäftigungslage in der Textilindustrie. — Eine interessante Neuheit in der Baumwolldruckindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bittau. — Nachtrag. — Inserate.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lorenstr. 33.